

Saale-Zeitung.

Siebentundzwanzigster Jahrgang.

Angenommen

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei unregelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M. ohne Befristung. Bestellungen werden von allen Bezugsstellen angenommen.

Halle a. d. Saale, Leipzig, Magdeburg etc. Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. (Anschluß-Nr. 176.)

Nr. 124.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 14. März

1893.

Politische Uebersicht.

Der Bund der Landwirthe erklärt in einer von ihm herausgegebenen Korrespondenz:

Der der freistimmigen Presse wird anlässlich der Wahl des Bund der Landwirthe bei der Vereinigung Wahl für den amnestischen Kandidaten eingetreten ist, die Wahlung aufgestellt, daß der Bund der Landwirthe in konventionellem und antikommunistischen Sinne der Parteipolitik treue. Dieses ist in keinem Falle richtig, auch können aus der Sachlage derartige Schlüsse nicht gezogen werden. Im ersten Wahlzuge hat der Bund der Landwirthe die Wahl des Grafen v. Helldorf zu fördern gesucht, und in der Stichwahl ist er für die Wahl des Dr. Hertwig eingetreten, weil die betreffenden Herren sich auf das agrarische Programm verpflichtet hatten. In seinen eigenen Reihen kann der Bund nicht anders handeln, da er seinen Funktionen entsprechend keine Rücksicht darauf nehmen kann, ob der Wahlkandidat ein Konzeptions-, Vizeleer-, Centrumsmann oder Antikommist ist. Alle mit einem Worte: der Bund der Landwirthe ist nur vom rein agrarischen Standpunkte für Dr. Hertwig eingetreten.

Wie sich die Landwirtschaftlichen Vereine im Allgemeinen Sachsen diesen Wünschen und Forderungen gegenüber verhalten, haben wir schon vor einigen Tagen berichtet.

Die kürzlich in Berlin abgehaltene Handwerkerparlament, der auch wir gedachten, beschäftigt, ähnlich dem Bunde der Landwirthe, eine eigene Mittelstandspartei als politische Partei zu organisieren. Die ständige Deputation des Innungsverbandes sowie der Vorstand des Centralausschusses der vereinigten Innungen des Handels und Gewerbes sollen nun die Begründung einer solchen Partei in die Hand nehmen, die nur Handwerker-Kandidaten und Parlament schickt. Die „S. Z.“ sagt gegenüber diesen Ansichten und in Rücksicht auf unsere nationalen Verhältnisse theilweise sogar gefährlichen Bestrebungen mit Recht:

Das Parlament ist keine Vertretung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen-Gruppen, sondern eine politische Körperschaft, die freilich auch die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen hat. Wie können das Handwerk nach der Art und Weise, wie man sich auf Wahlen drängen zu lassen, die man in sich selbst führen kann.

Zur Militär-Vorlage hat schon Professor Guelf eine Broschüre erschienen, deren Inhalt kurz folgender ist: Der Verfasser wendet sich an den „Patriotismus“ der Parteien, daß die Einmütigkeit in der Erhaltung der politischen und militärischen Machtstellung des Deutschen Reiches den unangenehmen Einbruch der wirtschaftlichen Streitigkeiten in Deutschland paralysire. Die Regierung, die bisher eine lobenswerthe Ausdauer und Geduld bei der Vertretung der Militär-Vorlage bewahrt habe, soll diese Haltung für den näheren Zukunft beibehalten, daß auch die dritte Lesung ungenügend verlasse, und die Vorlage ad emendandum zur Verhandlung neuerdings dem Reichstage zurückgeben. Nöthigenfalls möge eine kaiserliche Kommission dem Reich und dem Reichstage seine Verantwortlichkeit ernstlich zu Gemüthe führen.

Das Königlich-preussische Staatsministerium ist bisher mit dem Entwurfe eines Mittelschulgesetzes nicht befaßt worden, welche Stellung dasselbe schließlich zu einem solchen gesetzgebenden Gremium nehmen wird, steht daher noch dahin. Wichtig ist indessen, wie die „Verl. Pol. Nachr.“ mittheilen, daß in dem Unterrichtsministerium ein Gegenentwurf in der Arbeit ist, welcher den auf diesem Gebiete bestehenden alleseitigen Mängeln abhelfen bestimmt ist. Doch geht man mit der Bezeichnung „Mittelschulgesetz“ anheingehen zu weit. Es dürfte sich wohl nur darum handeln, die schwersten Mängel, welche bezüglich der materiellen Lage der Mittelschullehrer und ihrer Hinterbliebenen zur Zeit zu beklagen sind, sachgemäß zu beheben; und es steht zu hoffen, daß die Fertigstellung dieses Entwurfes nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Nach einer Mitteilung des preussischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten soll es sich als notwendig erweisen, daß die Staatszuschüsse für Fortbildungsschulen um zehn Prozent vermindert werden.

Es fragt sich, heißt es in dem Rundschreiben, ob es zweckmäßig ist, die Zuschüsse für viele Schulen zu vermindern oder die unangenehmsten Abzüge bei möglichst wenigen Anstalten, und zwar bei den größten zu machen, weil im ersten Falle zu befürchten ist, daß dadurch eine größere Zahl von Gemeindefamilien veranlaßt werden könnte, den Unterricht an den Fortbildungsschulen ganz einzustellen, und infolge dessen noch größere Summen, als erforderlich, verfügbar werden müßten. Die dritte Möglichkeit ist die, an einer Anzahl kleinerer Orte, in denen die Fortbildungsschulen bei den Gemeindefamilien wenig Interesse gefunden haben, die Zahl der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden weniger als sechs betragen und der Besuch obligatorisch ist, den Unterricht bis auf weiteres ganz einstellen zu lassen und auf diesem Wege 10 Prozent der für die Fortbildungsschulen im vorigen Verwaltungsbezirk bisher bewilligten Staatszuschüsse zu sparen. Die Regierungspräsidenten sollen sich darüber äußern, welchen Weg sie für den besten halten. Wie die Antworten ausgefallen sind, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Eine sehr interessante Thatsache ist es jedenfalls, daß die englische Regierung die einzige von denen der europäischen Nationen gewesen ist, die aus Anlaß des Passivbilanzens keinen Teiligen Geldentzug nach dem Pariser Frieden hat. Kardinal Vaughan der Vertreter der britischen Katholiken, hat sich zwar nicht anders vom Finanzministerium der katholische Kräfte in England sehr missbillig über den völligen Mangel an Beachtung geäußert, denn sich Mr. Gladstone dem Passiv-

bilanz gegenüber zu schulden kommen lassen, in dessen man darf wohl annehmen, daß der englische Premier, wenn er auch mit seinem Fomereul-Gesetze vollst. beschäftigt ist, dennoch nach bestimmter, alter englischer Ueberlieferung gehandelt hat.

Die „Nonve Bremia“ bespricht heute nochmals an leitender Stelle, und diesmal in drohendem Tone, die möglichen Folgen und Wirkungen der Erklärung der russischen Regierung wegen der geplanten Aenderung der bulgarischen Verfassung. Zunächst werde sich, bemerkt das petersburger Blatt, das bulgarische Volk davon überzeugen, daß Rußland seine volle Sympathie der protestierenden bulgarischen Geistlichkeit zuwendet. Sodann möge man es sich gelöst sein lassen, daß die Nichteinmischung Rußlands in die inneren bulgarischen Angelegenheiten nicht der fühlswürdigen Zustimmung zu allen Verlegungen des Berliner Vertrages gleichkomme. Bulgarien seinem Schicksal überlassen wolle und keine Ausflucht nicht. Es gebe gewisse Grenzen, welche die bulgarischen Minister nicht überschreiten dürften. Im Falle der Anerkennung der bulgarischen Regierung durch die Signaturmächte des Berliner Vertrages würde Rußland denselben mit allen Folgen für aufgehoben erklären. Das könne namentlich für Oesterreich-Ungarn verhängnisvoll werden, welches Bosnien und die Herzegovina auf Grund dieses Vertrages besitze. In jedem Falle würde man gut thun, in Wien alles wach in Erregung zu ziehen, bevor Rußland genötigt wäre, energisch für die Vertreibung der orthodoxen Kirche in Bulgarien einzutreten. Unter den augenblicklichen Verhältnissen wird nicht recht klar, was das Wort „energisch“ versteht. Inzwischen — die Staatsämner in Sofia sind derartige Warnungen von russischer Seite, auch wenn letztere einen offiziellen Charakter tragen, schon so gewohnt, daß sie sich darüber in ihren Ansichten über das Wohl Bulgariens, ihres Vaterlandes, wenig betören lassen werden. Der gegenwärtige Rußland, Bulgarien gleichsam zu einer „Seelenangelegenheit“ umzuwandeln, wird eben ein „Fremdwort“ bleiben. Die gegen Oesterreich-Ungarn ausgeübte Drohung dürfte in Wien ihre beabsichtigte Wirkung verfehlen.

Die wiener „Neue Freie Presse“ bringt über die russische Grenzwaache ein paar Notizen, die nicht nur für Oesterreich, sondern vielmehr noch in höherem Maße für Deutschland von Bedeutung sind. Das genannte Blatt schreibt:

Die russische Grenzwaache, die bisher unter dem Finanzministerium stand, ist jetzt dem Kriegsministerium unterstellt worden und gehört somit fortan zum stehenden Heere. Diese Maßregel war seit Jahren vorbereitet und namentlich durch eine gründliche Erneuerung des Offizierscorps Grenzwaache eingeleitet worden. Früher wurden solche Offiziere dorthin versetzt, die sich in ihrem Zampfwesen unmöglich gemacht hatten; zu Befehlshabern der Grenzwaachbrigaden nahm man Sanitätsfiziere, die im preussischen Dienste nicht mehr zu verwerthen waren. Das ist jetzt alles anders geworden. Mit der Verbesserung des Offizierscorps hielt auch die bessere, kriegerische Ausbildung der Truppe gleichen Schritt, so daß Rußland jetzt eine trefflich geschulte Grenzwachtruppe besitzt. Zum Hauptchef der Grenzwaache ist laut des bisherigen „Civil-Generals“ ein sehr tüchtiger Offizier ernannt worden, General-Lieutenant Stojinik. Derselbe war bisher Befehlshaber der Artillerie des Gardecorps.

Die Volkstheit des Präsidenten Cleveland, worin er den Senat der Vereinigten Staaten von Amerika auffordert, ihn den von seinem Vorgänger Harrison vorgelegten Vertrag über die Besitznahme Hawaii zurückzugeben, hat, wie der Berichterstatter der „Londoner Daily News“ mittheilt, unter den Senatoren allgemeines Erstaunen erregt. Verschiedene Gründe werden für diesen Schritt angegeben. Einige Senatoren glauben, daß der Präsident durch diese Maßregel seiner Aneignung gegen Amerika Ausdruck geben will, andere sind der Meinung, daß er den Vertrag zurückzugeben wünsche, um einen von ihm selbst verfaßten vorzulegen. Die Mehrheit der Senatoren scheint jedoch der Ansicht zu sein, daß der Präsident böswillig ist, daß überhaupt in der Angelegenheit etwas geschähe, ehe sie einer eingehenden Prüfung unterzogen worden ist. Außerhalb des Senates herrscht der Glaube vor, daß der Präsident gegen die Besitznahme sei. Letztere Meinung hat jedenfalls die größte Wahrscheinlichkeit für sich, da der neue Präsident gegenüber seinem „republikanischen“ Vorgänger Harrison sich offen als Gegner jedweder Anexionspolitik bekannt hat. Damit ist freilich nicht zu geben, daß Amerika in seinem „Interessengebiet“ den überwiegenden Einfluß eines europäischen Kulturstaates — nur Deutschland und England kämen in Betracht — vollständig gelassen werden.

In Japan, dem jüngsten der konstitutionellen Staaten, das seine Fortschritte weitlich deutscher Bildung und deutscher Form ähnlich vermischt, ist der Streit über das Budget zwischen dem Parlamente und der Regierung dadurch beigelegt worden, daß die Regierung nachgegeben hat. Nachdem der Präsident des Unterhauses nach dem Palaste berufen war, wurde ihm ein kaiserliches Schreiben mit der Antwort auf die Adresse des Hauses an den Mikado über das Budget übergeben. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß der Kaiser sechs Jahre lang 300,000,000 (1,255,000,000) jährlich zahlen werde, und daß den Militär- und Marinebeamten von ihren Gagen 10 Proz. abgezogen werden sollen, mit welchen Summen die Regierung die Kosten des Hauses von Kriegsschiffen bestreiten werde. Das Repräsentantenhaus trat am 13. Februar wieder zusammen und ernannte einen Ausschuss, der mit der Regierung in Verhandlungen trat. Das Ergebnis war, daß das Ministerium auf seine

früheren Ansprüche verzichtete und die größtmöglichen Ersparnisse, insbesondere im Marinedepartement, durchzuführen verpackt.

Deutsches Reich.

Der „Bad. Presse“ wird aus sehr guter Quelle mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung auf ein Kommando in der Militär-Vorlage auf Grund von Bennigsen's Vorschlag nicht einlassen werde; die Regierung werde unbedingt an denselben Punkten festhalten, ohne die eine Stärkung der Wehrkraft in dem von der Regierung für notwendig erachteten Umfang denkbar ist. Ihr Entgegenkommen könnte sich nur auf solche Einzelheiten erstrecken, deren Aenderung die Gesamtwirkung der beabsichtigten Reorganisation des Heeres nicht gefährde. Die Ablehnung der von der Regierung für unbedingt notwendig erklärten Punkte müßte die Reichstagsauflösung herbeiführen.

Der deutsch-russische Handelsvertrag gilt in parlamentarischen Kreisen als gelichtet, und zwar infolge der Haltung, welche das preussische Staatsministerium im Gegen-satz zu dem Reichskanzler eingenommen hat. In Uebereinstimmung mit Herrn Miquel ist der Handelsminister v. Buelow, und Graf Carstén hat dem preussischen Staatsministerium nachgegeben.

In einer Verfügung vom 18. Februar hat der Minister für Handel und Gewerbe ausgedrückt, daß die Aufnahme einer Bestimmung in die Arbeits-Ordnung, wonach die Arbeit morgens zwischen 6 und 8 Uhr beginnt und abends zwischen 7 und 9 Uhr endet, mit der Vorschrift im § 134 b, Ziffer 1 der Gewerbe-Ordnung nicht vereinbar sei. Wenn dort angeordnet werde, daß die Arbeits-Ordnung Bestimmungen über Anfang und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit sowie der für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen enthalten muß, so verfolge diese Vorschrift den Zweck, jeden Zweifel über einen der wesentlichen Teile des Arbeits-Vertrages, die Dauer und die Lage der regelmäßigen Arbeitszeit, auszuheben. Dieser Zweck werde aber nur erreicht, wenn für Beginn und Ende der Arbeitszeit bestimmte Zeitpunkte festgelegt werden. Wenn Dauer und Lage der Arbeitszeit nach den Jahreszeiten zu wechseln pflegen, so hindere nichts, daß die Zeitpunkte für Beginn und Ende der Arbeitszeit nach den Jahreszeiten verschieden angegeben werden. Nicht bloße es dem Arbeitgeber unbenommen, in der Arbeits-Ordnung Bestimmungen darüber zu treffen, unter welchen Voraussetzungen ausnahmsweise Abweichungen von der regelmäßigen Dauer und Lage der Arbeitszeit stattfinden können. Die von einer Seite aufgeworfene Frage, ob eine Bestimmung, wonach Anspätkommen mit einer Geldstrafe bis zu 75 Pf. oder bis zur Hälfte des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes bestraft wird, trotz der Unbestimmtheit der Strafandrohung mit der Vorschrift im § 134 b, Ziffer 4 der Gewerbe-Ordnung vereinbar sei, ist zu bejahen. Demnach der Inhalt des Gesetzes als genehmigt, daß in der Arbeits-Ordnung nur der Sachverhalt der Strafe festgelegt, die Bemessung der letzteren im Einzelfalle aber dem Arbeitgeber überlassen wird.

Nach einer Bundesrats-Vorlage wollen die Niederlande dem 1886er Berner Abkommen über politische Einrichtung der Eisenbahnen beitreten.

Halle und Jugend.

Der Entwurf des Haushaltplanes für das Armenwesen auf 1893/94 läßt in Einnahme mit 104,400 M. (105,350 M. im Vorjahre) und Ausgabe mit 93,120 M. (92,614 M.) ab. Es ist möglich ein Konsumverzicht von 258,730 M. (230,844 M.) erforderlich. Neu eingeteilt sind 1200 M. Wohnung für einen Beamten der veränderte eingetragene Hausanleihe, 300 M. für die Vertheilung eines Anleihen-Raumens-Geldes und 500 M. für die Vertheilung eines Anleihen-Raumens im Freibade. Die Ausgaben an regelmäßigen Almosen und Allegebern für Erwachsene sind um 10,000 M. höher mit 106,000 M., die außerordentlichen Unterhaltungen um 5000 M. höher mit 15,000 M., die Ausgaben für Forderung um 3500 M. höher mit 16,000 M. eingeteilt. Die Vergütung für Eisenbahn-Verkehr an die National-Verkehrs-Gesellschaft ist um 1500 M. neu eingeteilt. Unter Einnahmen erscheinen u. a. die Almosen, die für Abhaltung von Tagungsleistungen in öffentlichen Lokalen über die Polizeistunde hinaus, sowie für öffentliche Vorstellungen und Aufführungen gezahlt werden, mit 21,500 M., gegen 20,100 im Vorjahre.

Nach dem Verwaltungsberichte der Städtischen Sparkasse für das Jahr 1892 betragen am Schluß des Jahres die Mittel 18,761,648 M., die Zahlungen 17,875,500 M., mithin das Vermögen der Kasse 1,573,790 M., d. i. 9 1/2 Proz. der Gesamthöhe. Gegen Ende 1891 hat sich das Vermögen um 307,015 M. vermehrt. Am Schluß des Jahres 1891 betragen die Einnahmen 472,893 M., dazu kamen in 1892 6,987,316 M. Einnahmen und 472,893 M. ausgezahlte Zinsen. Abgezogen wurden 6,286,761 M., so daß Ende 1892 die Einnahmen der Sparkasse 1,573,790 M. mehr als im Vorjahre betragen. Die Einnahmen und Vertheilung läuft auf beiden Seiten mit 829,698 M. ab und mit 307,015 M. Ueberschuß nach, während in 1891 ein Verlust von 42,497 M. zu verzeichnen war. Der ungünstige Wechsel von 1891 war bekanntlich entstanden, weil die Rückzahlung der Einlagepapiere Resultate brachte und überdies die Abführung von 145,47 M. mit Zinsen für notwendig erachtet wurde. Eine Vertheilung des Ueberschusses betrug der Ueberschuß in 1892 170,005 M., in 1891 158,045 M. An Einlagegebühren





# Neueste Mode in Kleiderstoffen:

**Wollstoffe**, als Changeants, Noppe's, Diagonals, Caros, Bordures, Crépons etc.

— nur engagierte Muster — in reichhaltigster Auswahl!

**Seidenstoffe**, als bedruckte Foulards, Pongées, Changeants, Damassées, Streifen

— in ca. 200 verschiedenen Mustern — per Meter 1,75—6 Mark.

**Ausstellung engagirter Costüm-Modelle und Morgenkleider!**

## Neueste Frühjahrsmäntel:

**Regenmäntel, Jackets, Promenades, woll. u. seid. Umhänge, Kragen etc.**  
in gediegnster Ausführung in jeder Größe und Preislage.

# Bokmann & Serauky.

### Deutsche Grundschuld-Bank.

Die für das Jahr 1892 auf 6 1/2% festgesetzte Dividende wird gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 7 für die alte Actie

mit **Mt. 65.**

und des Dividendenscheins Nr. 1 für die neue Actie

mit **Mt. 32.50**

von heute ab an unserer Kasse sowie bei allen unseren Pfandbrief-Verkaufsstellen ausbezahlt.

Berlin, den 13. März 1893.  
**Die Direction.**  
S. Anden. Schmidt.

### Deutsche Grundschuld-Bank zu Berlin.

Activa.		Bilanz per 31. December 1892.		Passiva.	
Kassenbestand	617 114 23	Actien-Capital	6 000 000		
Eigene Effecten	2 283 200 25	Rosenerfonds	207 111 41		
Wechselbestand	2 098 351 12	Emitirte Pfandbriefe	47 318 600		
Guthaben bei Bankfirmen	2 232 285 01	Noch einzulösende Pfandbrief-Coupons	591 906		
Anlage im Hypothek- und Grundschuld-Geschäft	51 510 618 81	Noch einzulösende Dividendenscheine	65		
Vorräthige und gestempelte Pfandbrief-Formulare	40 808 75	Diverse Creditoren	1 609 494 18		
Mobilien	13 197 30	Noch zu verzahlende Hypotheken	3 608 219 46		
	59 678 558 47	Reingewinn	343 162 42		
			59 678 558 47		

Debet.		Gewinn- und Verlust-Conto.		Credit.	
Geschäfts-Unkosten	143 408 20	Gewinn an Zinsen, Provision und Agio	620 471 84		
Staats-, Communal- und Gewerbesteuer	9 953 80				
Courtage	2 906 35				
Insertionskosten	7 408 30				
Pfandbrief-Stempel auf Anfertigungskosten	11 610 82				
Abschreibung auf Mobilien	2 021 95				
Reingewinn	343 162 42				
	620 471 84				
					620 471 84

**Eile Direction.**

S. Anden. Schmidt.

### Mit staatlicher Genehmigung und unter staatlicher Aufsicht

beabichtigt der Unterzeichnete zu Herrn h. a. eine **Privat-Knabenschule** zu eröffnen. In derselben sollen Knaben von schulpflichtigen Alter an aufgenommen werden und durch die drei höchsten Klassen bis zum Eintritt in die Prima einer höheren Lehranstalt vorbereitet werden.

Der Unterricht wird in Klassen von möglichst geringer Schüleranzahl, von nur geübten und im Unterricht bewährten Lehrern erteilt. Privat-Vorbereitung für alle höheren Examina.

Beste Anmelbungen nimmt entgegen und nähere Auskunft erteilt **Fr. Hüter**, längere Zeit Lehrer am hiesigen Stadtgymnasium, Dars Nr. 23, hart.

### Gr. Ulrichstr. **J. Meincke** Gr. Ulrichstr. 21.

besorgt sich den Eingang sämtlicher Neuheiten der Frühjahr- und Sommerfaçon ausgiebig

### Specialität: Garnirte Hüte.

Größte Auswahl von billigen bis feinsten Geure zu bekannt billigen Preisen.  
Modellhüte zur gef. Ansicht.

### Konkurswaren-Anverkauf.

Die aus der O. Schröder'schen Konkursmasse herkommenden Schuhwaren, bestehend aus Herren-, Damen- und Kinderstiefeln, Filzpantoffeln und Schuhen, sollen schleunigst im Einzelnen zu sehr billigen Preisen an- und verkauft werden.

Geißstraße 46. Geißstraße 46. Geißstraße 46.

### Confirmations-Geschenke.

- Größte Auswahl.**
- Goldene Kreuze, Medaillon, Halsketten** von 2 Mt. an
- Vergoldete Kreuze, Gesehen, Halsketten** von 50 Pf. an.
- Aluminium-Broschen**, reizende Muster, 50, 75 Pf., 1, 2 bis 3 Mt.
- Aluminium-Saarsteile** 25, 50, 75 Pf., 1, 1 1/2 Mt.
- Vergoldete Schildbatt-Saarsteile** 25, 50 Pf. bis 3 Mt.
- Corallschmuck** zu äußerst billigen Preisen.
- Granatbrochen** von 2 Mt. an
- u. Armabänder** von 3 Mt. an
- Vergoldete amerik. Armabänder**, werden unter Garantie nicht schwarz, von 1 1/2 bis 6 Mt.
- Vergold. amerik. Manschettenknöpfe u. Cabottentabellen** in größt. Ausw.
- Herren- u. Damen-Ringe** vergoldet, sowie 8 u. 14 Karat.
- Billigste Einkaufsquelle.**
- Herren- u. Damen-Uhrketten.** Echt Nickel von 2 u. 3 Mt. an. Echt Palmit von 3 Mt. an. 14karat. Gold-Doppel von 9 Mt.
- Photographie-Album.** Großes Format in Leder oder Blau 2 1/2, 3, 4, 5 Mt. Dieselben extrafein 6, 8, 10 Mt. Schreibmappen, Leder, 1, 1 1/2, 3, 4, 5 und 6 Mt. Poëtie-Album, Leder, 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4 Mt. Brieftaschen, Reisetaschen, Schreibzeuge, Sandstuhlfächer von 2 u. 3 Mt. an. Näh-Reisetaschen und Schminke-taschen, Blau und Leder, von 1, 1 1/2, 3 Mt. etc.
- Größte Auswahl von **Sand-Reisetaschen** von 2 1/2 Mt. an.

**Klooss & Bothfeld, Gr. Ulrichstr. 8.**

### Obstmarmelade

von **Wihl. Laasf**, Hofconserverfabrik, Mainz, besonders anschiebiger und wohlgeschmackender Ersatz für Butter, kostet im Detail 10 Pf. per 1/2 Kilo. Wiederverkäufer belieben sich zu wenden an das Engros-Geschäft von **L. Bechandt** in Halle a. S., Königstr. 22.

Für den Anzeigenzettel verantwortlich: W. König in Halle.

## Otto Knoll

Magazin für Herren-Kleider.

Grosses Stofflager zur Anfertigung eleganter Herren-garderobe nach Maß unter Garantie für besten Sitz.

Reichsortirtes Lager in fertiger Herren- u. Knaben-Confection.

Leipzigerstraße 87.

### Uhrketten

massiv 8 u. 14kar. Gold, echt Gold u. Silber, echt Palmit, echte Stein-Uhrketten, echte Nickel-Ketten, sowie vernickelte Ketten für Damen und Herren, à Stück von 50 Pf. an bis 300 Mt.

**F. R. Tittel,**  
Gold- u. Silber-, Bijouterie-waren-Fabrik,  
Größtes Special-Geschäft der Provinz,  
Liebenaustraße 165,  
Ecke der Bismarckstr.

### Buckskin-Reste

zu einzelnen Größen und Anzügen abe jetzt zum Selbstkostenpreise ab.

**A. Wegerich**  
2 Weinbäcker 2.

Sopha billig zu verkaufen  
Lindencröche 76, 2 Tr.  
Mt 3 Belfortern.

**Zeichnungen und Kostenschläge zu Garten-Anlagen** aller Art, sowie Ausführung übernimmt als Specialität geübter Ober- und Landschaftsgärtner.  
**P. Krütgen,**

Halle. Druck und Verlag von Otto Seidel.